

## Pressemitteilung

12.10.2021

### **Zukunftskommission Landwirtschaft umsetzen!**

Zehn Agrar- und Umweltverbände appellieren an sondierende Parteien

Zu Beginn der Sondierungsgespräche zur Bildung der neuen Bundesregierung appellieren insgesamt zehn Agrar- und Umweltverbände gemeinsam an die Parteien, die in der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) errungenen Kompromisse auch in den Sondierungsgesprächen und in einer Koalitionsvereinbarung zu berücksichtigen:

Aus Sicht von Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) ist die Politik gefragt: „Wenn gleichzeitig Höfe und Insekten sterben, wenn gleichzeitig Landwirt:innen und Naturschützer:innen auf den Straßen stehen und wenn eine Politik jedes Jahr Umwelt- und Gesundheitsschäden im dreistelligen Milliardenbereich verursacht, ist klar: Die neue Bundesregierung muss umsteuern - und zwar grundlegend. Vor vier Monaten haben wir gemeinsam in der Zukunftskommission Landwirtschaft ein Konzept zur Rettung von Höfen und Natur vorgelegt. Die Sondierungen der neuen Koalition für die Landwirtschaft sollten somit nach zwei Worten beendet sein: ZKL umsetzen.“

Der Vize-Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Werner Schwarz, sieht nur in einer kompletten Umsetzung der ZKL Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft: „Ohne eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind die Herausforderungen nicht zu bewältigen. Dazu braucht es Wertschätzung, Wertschöpfung, wirtschaftliche Tragfähigkeit und Perspektive für die Landwirtschaft. Deshalb müssen die Empfehlungen der ZKL in Gänze umgesetzt werden.“

Die Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), Kathrin Muus, nimmt die Parteien in die Pflicht, die Ergebnisse umzusetzen: „Die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft sind aktueller denn je. Sie müssen umgesetzt werden - für Planungssicherheit und langfristige Perspektiven von Junglandwirt:innen heute und in Zukunft, für Klima, Ökologie und Biodiversität. Es liegt jetzt in der Hand der Menschen, die für die nächste Bundesregierung sondieren. Sie müssen die Weichen entsprechend der ZKL-Empfehlungen stellen, damit Landwirtschaft in Deutschland Zukunft hat. Das muss ein Schwerpunkt der anstehenden Verhandlungen sein und im Koalitionsvertrag der künftigen Regierungsparteien verankert werden.“

Myriam Rapior, Mitglied im Bundesvorstand der BUNDjugend, pflichtet bei: „Wir jungen Menschen brauchen die Gewissheit, dass unsere Lebensmittel ohne schädliche Wirkungen auf das Klima und die Artenvielfalt produziert werden. Unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem muss dringend zukunftsfähig werden, sodass planetare Grenzen gewahrt und Höfe gesichert werden. Entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung sind längst überfällig. Die ZKL hat sich auf gemeinsame Zukunftsvorstellungen für die Landwirtschaft verständigt. Sie sollten in den kommenden Koalitionsverhandlungen einen hohen Stellenwert erhalten.“

Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), fügt hinzu: „Der Umbau auf dem Acker und in den Ställen kann nur gelingen, wenn die Landwirtschaft dabei von der Gesellschaft unterstützt und ihre gesellschaftlichen Leistungen honoriert werden. Daher brauchen wir ein staatlich begleitetes Umbauprogramm für die Nutztierhaltung sowie eine verbindliche Pestizidreduktionsstrategie zum Schutz der Biodiversität. Ebenso wichtig ist, dass die Politik die Rahmenbedingungen für faire Preise für Erzeugerinnen und Erzeuger verbessert.“

Der Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Hubertus Paetow, ergänzt: „Das wirklich Neue am ZKL-Bericht sind die Bereitschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft zur ökologischen Transformation und die Bereitschaft der gesamten Gesellschaft, diese Transformation ökonomisch zu ermöglichen - sowie die Übereinkunft, dass das eine ohne das andere nicht geht.“

Franz-Josef Holzenkamp, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, hält schnelles Handeln für dringend geboten: „Ich erwarte, dass sich die neue Bundesregierung klar an den Empfehlungen der ZKL orientiert. Andernfalls befürchte ich eine noch stärkere Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten.“

Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes (DTB), macht klar: „Klimaschutz geht nicht ohne Tierschutz, Landwirtschaft geht nicht ohne ein Mehr an Tierwohl. Die einstimmigen Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft sind für die potenziellen Koalitionäre eine stabile Grundlage, um die für die Umsetzung notwendigen Instrumente, von Ordnungsrecht bis zu Anreizsystemen und Förderpolitik, rasch auf den Weg zu bringen. Weniger Konsum tierischer Produkte, einhergehend mit sinkender Produktion und anerkennend der auskömmlichen Bezahlung der Landwirte für ihre Leistungen auf diesem Weg, ist der Schlüssel. Die heutige gemeinsame Botschaft der Verbände aus unterschiedlichen Interessenslagen muss den Koalitionären nochmals klar machen: Es muss vorangehen.“

Jörg-Andreas Krüger, Präsident des Naturschutzbunds Deutschland (NABU), betont: „Die Landwirtschaft muss zukunftsfähig werden - für die Produktion unserer täglichen Lebensmittel und für lebendige, artenreiche Agrarlandschaften. Um die biologische Vielfalt zu erhalten und zu schützen, benötigen wir Strukturelemente und unbewirtschaftete Flächen. Damit Landwirtinnen und Landwirte gut leben können, müssen sie für Klima-, Natur-, und Umweltschutzmaßnahmen fair honoriert werden. Die kommende Bundesregierung trägt Verantwortung, die Zukunft der Artenvielfalt und der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern.“

Christoph Heinrich, Vorstand Naturschutz, WWF Deutschland, sieht die kommende Bundesregierung in der Pflicht: „Es kommt jetzt auf die künftige Bundesregierung an, den breiten Konsens der Zukunftskommission Landwirtschaft in politisches Handeln zu überführen. Sie muss starke Anreize setzen und die Förderpolitik der EU und des Bundes auf Klimaschutz, Artenvielfalt sowie eine zukunftsfähige und attraktive Landwirtschaft ausrichten.“

An dem gemeinsamen Appell beteiligen sich:

Bund der Deutschen Landjugend (BDL),  
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
Deutscher Bauernverband (DBV)  
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG)  
Deutscher Raiffeisenverband (DRV)  
Deutscher Tierschutzbund (DTB)  
Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend)  
Naturschutzbund Deutschland (NABU)  
World Wide Fund for Nature (WWF)

Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
E-Mail	<a href="mailto:presse@bauernverband.net">presse@bauernverband.net</a>
Homepage	<a href="http://www.bauernverband.de">www.bauernverband.de</a>